

Oberbürgermeister Stephan Weil (Hannover)
Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen
(VKU)

**Kommunalwirtschaft - Ein starker Partner für
die Regionen**

Rede auf dem VKU-Verbandstag am
29. April 2009 in Berlin

I.

Im Vorfeld dieses VKU-Verbandstages bin ich in einem Interview gefragt worden, warum denn in dem Motto unserer Konferenz der Begriff der guten, alten Daseinsvorsorge fehle und stattdessen von dem starken Partner für die Regionen die Rede sei. Ob das etwa Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins sei?

Ich habe mir die Frage vorher selbst nicht gestellt, aber es könnte etwas daran sein. Tatsächlich ist die Kommunalwirtschaft und ist ihr Verband, der VKU, selbstbewusst: Wir sind erfolgreich, wir haben etwas anzubieten, wir haben Grund zum Selbstbewusstsein.

Ist eine solche Stimmungslage inmitten einer einzigartigen ökonomischen Krise nicht allzu vermessen? Schließlich erleben wir gerade die größte Weltwirtschaftskrise seit vielen Jahrzehnten und die Bundesrepublik steckt in der tiefsten Rezession ihrer Geschichte. Vor allem für den Arbeitsmarkt stehen die schlechten Nachrichten erst noch bevor. Und da redet die Kommunalwirtschaft von einer guten Perspektive und neuem Selbstbewusstsein?

Meine These lautet: Gerade deswegen kann die Kommunalwirtschaft so auftreten. Diese Krise hat ihre Ursachen und das Modell der Kommunalwirtschaft hat das Zeug dazu, gerade wegen dieser Ursachen als Gewinner aus der Krise hervorzugehen.

Das ist eine kühne These, aber ich will versuchen, sie zu begründen.

II.

Wir kommen aus einer Ära, die von der Forderung geprägt war, der Staat möge sich heraushalten. „Privat vor Staat“ war ein Mantra, das in nahezu allen Lebensbereichen mit großer Vehemenz vorgetragen worden ist. Es galt nicht zuletzt für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, die vielen als ein Modell von gestern erschien. Zugleich haben wir erlebt, daß an die Stelle

realer Wertschöpfung zunehmend die von gigantischen Renditeerwartungen begleitete Spekulation getreten ist. Und wir haben erlebt, daß sich große ökonomische Machtzentren entwickelt haben, global operierend und letztlich unkontrollierbar.

Wozu manche dieser Erscheinungen geführt haben, erleben wir jetzt in dieser Weltwirtschaftskrise. Wir sehen, wozu der Verzicht auf wirksame Kontrollen wichtiger Märkte führen kann und wir erleben ein Weltwirtschaftssystem, das ohne den koordinierten und konzentrierten Einsatz der Staaten kollabieren könnte.

Das sind meines Erachtens Erfahrungen, die über die Bewältigung der Krise hinaus erhalten bleiben werden. Es handelt sich um einen echten Paradigmenwechsel von grundlegender Bedeutung. Überschaubare und kontrollierbare Einheiten, reale Wertschöpfung, angemessene Gewinnerwartungen - das ist ein

Orientierungsrahmen, der auf große Zustimmung setzen kann.

Und es ist ein Rahmen, der genau auf das Modell der Kommunalwirtschaft passt. So erkläre ich mir auch die eigentliche Basis für die gute Perspektive der Kommunalwirtschaft. Einfach ausgedrückt: Die Bürger in unserem Land wollen die Kommunalwirtschaft. Das ist nicht etwa die Selbstbeweihräucherung eines Interessenverbandes, sondern das Ergebnis einer breit angelegten Haushaltskunden-Befragung des VKU vom November 2008.

Zwischen 55 % der Gaskunden bis 72 % der Wasserkunden werden lieber von kommunalen Unternehmen versorgt als von der privaten Konkurrenz.

Von der Energieversorgung über die Wasserwirtschaft und die Abfallentsorgung bis zum ÖPNV genießen öffentliche Unternehmen eine deutlich höhere

Wertschätzung als Private. Es gibt einen erheblichen Vertrauensvorsprung für die kommunale Wirtschaft. Das ist in einer Marktwirtschaft eine ganz wesentliche Feststellung, das ist der Ausgangspunkt für unsere weiteren Überlegungen.

Warum gibt es diesen Vertrauensvorsprung, obwohl über einen so langen Zeitraum hinweg das Gegenteil suggeriert worden ist? Ich glaube, dafür sind im Wesentlichen drei Gesichtspunkte maßgeblich: Die Kunden schätzen die Nähe ihrer Stadtwerke, ihrer Versorgungsunternehmen und ihrer Wasserverbände. Sie schätzen die Nähe unter dem Gesichtspunkt des Service, aber auch unter dem der Kontrolle. Stadtwerke, die Energiepreise erhöhen, müssen sich einer kritischen Diskussion vor Ort stellen, und das gilt, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, dann auch für die Eigentümer und Oberbürgermeister. Diese kritische Diskussion ist viel glaubwürdiger als das Gefühl, nicht nachvollziehbaren

Entscheidungen anonymer Konzernzentralen unterworfen zu sein. Und schließlich ist den Bürgerinnen und Bürgern sehr bewusst, was die Kommunalwirtschaft für das Gemeinwesen leistet, vom Sponsoring für Kultur und Sport über Angebote zur Energieeinsparung bis hin zur Gewinnabführung an die Rathäuser, die der Finanzierung von Kindertagesstätten und Schulen zugute kommt.

Citizen-value statt Share-holder-value - man kann den Unterschied zwischen der Kommunalwirtschaft und dem privaten Wettbewerbern ganz, ganz einfach zusammenfassen.

III.

Der Vertrauensvorsprung, den kommunale Unternehmen bei den Bürgern genießen, ist der Ausgangspunkt für eine zweite, wie ich meine ganz wesentliche, Entwicklung. Die Kommunalwirtschaft hat deutlichen Rückenwind aus den

Rathäusern, von ihren Eigentümern. Wir erleben derzeit geradezu eine Welle der Rekommunalisierung. In Südbaden, der Pfalz, im Münsterland und in vielen anderen Teilen unseres Landes werden neue kommunale Energieversorger etabliert. Das gilt auch für Städte, die noch vor wenigen Jahren die umgekehrte Strategie eingeschlagen haben, wie z.B. Hamburg. Diese Entwicklung ist auch nicht etwa auf die Energie beschränkt, in Stuttgart wird die Hälfte des Wassernetzes rekommunalisiert, in Bergkamen die Abfallwirtschaft, in Kiel der ÖPNV.

Nach meinem sicheren Eindruck stehen wir dabei erst am Anfang einer Entwicklung. In den nächsten Jahren laufen Hunderte von Konzessionsverträgen in Deutschland aus und in vielen, vielen Rathäusern wird sehr ernsthaft geprüft, ob die Kommune das Geschäft nicht wieder selbst betreiben will.

Für solche Überlegungen gibt es gute Gründe. Die Kommunalwirtschaft ist ein verlässlicher Investor für regionale Unternehmen und ein Jobmotor obendrein. Mehr als 6 Mrd. EU investieren die Mitgliedsunternehmen des VKU jedes Jahr und über 80 % der Aufträge gehen an örtliche Unternehmen. Deswegen ist die Kommunalwirtschaft auch so wichtig für die lokalen Arbeitsmärkte. Wir haben in Hannover als erste deutsche Großstadt vor kurzem die direkten und indirekten Effekte unserer kommunalen Unternehmen auf den Arbeitsmarkt untersuchen lassen. Das Ergebnis hat mich, ehrlich gesagt, überrascht. Jeder Arbeitsplatz unserer Stadtwerke zieht 1,7 Arbeitsplätze indirekt nach, insgesamt ist jeder 14. Arbeitsplatz in unserer Stadt direkt oder indirekt abhängig von der Kommunalwirtschaft. Wem an einer nachhaltigen und sozialen Stadt - und Regionalentwicklung - gelegen ist, wird solche Ergebnisse aufmerksam zur Kenntnis nehmen.

Das gilt nicht weniger für einen zweiten Gesichtspunkt. Im Moment werden natürlich alle Überlegungen von der aktuellen Wirtschaftslage dominiert. Aber täuschen wir uns nicht: Ein anderes Thema wird uns dauerhaft mit großer Dringlichkeit erhalten bleiben, die Frage des Umwelt- und Klimaschutzes. Dabei handelt es sich um eine Zukunftsaufgabe von größter Bedeutung, die alle Beteiligten vor erhebliche Herausforderungen stellt, das gilt international, national aber eben auch lokal. Wer Verantwortung für die Entwicklung seines Gemeinwesens trägt, wird sich immer stärker fragen müssen, mit welchen Instrumenten er denn dieser Verantwortung gerecht werden will, denn Rathäuser können alleine nur sehr begrenzt Wirkung in dieser Hinsicht entfalten. Kommunale Unternehmen - das gilt für die Energie, das Wasser und die Abfallwirtschaft gleichermaßen - sind wichtige Partner für die Bewältigung ökologischer Herausforderungen und ihre Bedeutung wird noch deutlich zunehmen.

Und schließlich kann man auch ganz nüchtern über einen dritten Gesichtspunkt sprechen, den der Gewinnabführung. Die kommunalen Kassen haben in den vergangenen Jahren erheblich unter Druck gestanden und dieser Druck wird in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach noch deutlich zunehmen. Warum soll nicht die Möglichkeit genutzt werden, Beiträge für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu realisieren, die ansonsten typischerweise großen Privatkonzernen zufließen? Spätestens an diesem Punkt habe ich übrigens auch ganz persönlich noch bei jeder Energiepreisdiskussion das Verständnis sehr kritischer Diskussionspartner wecken können.

IV.

Wenn ich diese Gesichtspunkte einmal zusammenfasse, dann ergibt sich zweierlei: Die kommunalen Unternehmen genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, der Kunden. Und sie sind ein starker Partner für die Rathäuser, sie haben etwas anzubieten.

Das ist, wie ich finde, eine sehr gute Ausgangslage für die nächsten Aufgaben und die Grundlage für meine These, daß die Kommunalwirtschaft als ein Gewinner aus der Krisenbewältigung hervorgehen wird.

Gelegentlich ist jetzt auch von einer Renaissance der Kommunalwirtschaft die Rede. Vielleicht ist das zum derzeitigen Zeitpunkt noch eine etwas gewagte Formulierung, vielleicht aber auch nicht. Es gibt jedenfalls eine ganze Reihe von neuen Überlegungen für neue kommunale Unternehmen. Der VKU wird dabei mit Rat

und Tat zur Seite stehen. Wir begleiten das Thema der auslaufenden Konzessionsverträge und der Neugründungen von Stadtwerken fachlich und verbandspolitisch im Rahmen des Strategiprojektes „Stadtwerke der Zukunft IV“ und erstellen gerade einen Leitfaden für Kommunen und Stadtwerke. Dadurch bekommen unsere Mitglieder, aber auch mögliche künftige Mitglieder, eine Hilfestellung für die notwendigen Entscheidungsprozesse zur Netzübernahme.

V.

Bis jetzt habe ich die Situation der Kommunalwirtschaft beschränkt auf eine lokale Betrachtung: Auf die Menschen vor Ort, die Rathäuser und die vielen hundert kommunalen Unternehmen in unserem Land. Für deren gesunde und erfolgreiche lokale

Entwicklung bedarf es selbstverständlich angemessener Rahmenbedingungen durch die staatliche Politik. Ich komme noch zu den Forderungen, die wir in dieser Hinsicht haben, aber zuvor ist mir etwas anderes wichtig: Kommunalwirtschaft ist für unsere Gesprächspartner in der Politik kein Bittsteller, wir haben auch manches anzubieten.

Wir sind, um einen ganz wesentlichen Punkt herauszugreifen, Garant des Wettbewerbes auf Märkten, die diesen Wettbewerb dringend benötigen. Ich meine dabei vor allem die Energiewirtschaft, die allen Regulierungsbemühungen zum Trotz in hohem Maße durch vier große Unternehmen dominiert wird. An diesem Tatbestand werden auch alle Bemühungen der Bundesnetzagentur und der Kartellbehörden nichts ändern können, wenn sich nicht ein gesunder energiewirtschaftlicher Mittelstand weiter herausbildet. Dieser Mittelstand - das mag

insbesondere für liberale Ohren paradox klingen - sind die etwa 650 Stadtwerke in Deutschland. Dabei handelt es sich nicht nur um eine interessengeleitete Verbandsbehauptung. Der Bundesgerichtshof hat im November die Übernahme von Anteilen an den Stadtwerken Eschwege durch E.ON untersagt und dabei auf die hohe Bedeutung der Stadtwerke für den Wettbewerb auf dem Energiemarkt abgehoben. An dieser Stelle könnte noch manches ausgeführt werden, aber ich will mich auf eine Feststellung beschränken: Wer dem Wettbewerb auf dem Energiemarkt etwas Gutes tun will, der muss die Stadtwerke unterstützen. Deswegen wäre zum Beispiel auch eine kommunale Lösung für die künftige Eigentümerschaft der Thüga ordnungspolitisch sehr sinnvoll.

Was haben wir der Politik als Kommunalwirtschaft noch anzubieten? Nicht zuletzt, so meine ich, Hilfestellung bei einer der wichtigsten politischen Zukunftsaufgaben.

Wir sind der natürliche Verbündete des Staates beim Umwelt- und Klimaschutz. Man kann über die Energieerzeugung der Zukunft kräftig streiten, aber eines ist meines Erachtens eindeutig. Die Energieerzeugung der Zukunft ist eine dezentrale. Der Ausbau der KWK und der erneuerbaren Energien sind hierzu ein Schlüssel. Durch die hohen Wirkungsgrade der KWK-Anlagen wird nicht nur das Klima geschont, sondern auch die Ressourcen effizient eingesetzt. Ohne eine Vielzahl von Stadtwerken, die vor Ort in neue Anlagen investieren, wird die Energiewende, die sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat, nicht gelingen.

Ein Ausbau der dezentralen Erzeugung wird nur mit neuen und modernisierten Netzen gelingen. Dafür sind Stadtwerke ebenfalls unverzichtbare Partner, denn sie betreiben die Verteilernetze. Der Umbau bestehender

Netze zu intelligenten Netzen ist eine Schlüsselaufgabe. Durch das Zusammenspiel von Erzeugung, Netz und Verbrauch eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten. Intelligente Netze erleichtern darüber hinaus die Einführung von Elektroautos auf breiter Front. Daraus wird sich übrigens für viele Stadtwerke auch ein neues, sehr interessantes Geschäftsfeld entwickeln.

Kurz und gut: Die Energiepolitik der Zukunft ist ohne leistungsfähige Stadtwerke so gut wie nicht denkbar. Ich freue mich, daß nach meinem Eindruck sich zunehmend mehr Politikerinnen und Politiker dieser Erkenntnis bewusst sind.

VI.

Die Mitgliedsunternehmen des VKU können also manches dazu beitragen, gesamtstaatliche Zielsetzungen zu erreichen. Sie benötigen dafür aber auch vernünftige Rahmenbedingungen, in denen man überhaupt erfolgreich arbeiten kann. In dieser Hinsicht gibt es viele Baustellen, auf denen der VKU als Interessenvertreter der Kommunalwirtschaft intensiv tätig ist.

Dies gilt natürlich zuerst für unseren Dauerbrenner, die Anreizregulierung. Wenn sich der VKU in der Vergangenheit für eine stadtwerkefreundliche Regulierungspraxis eingesetzt hat und dabei sicher auch in Zukunft nicht locker lassen wird, dann geschieht dies natürlich auch im wirtschaftlichen Interesse seiner Mitgliedsunternehmen. Aber darauf beschränkt sich unser Engagement nicht. Es muss immer und immer wieder betont werden, welche Bedeutung ein leistungsfähiges Leitungsnetz für den

Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt hat. Wenn die Bundesnetzagentur an dieser Stelle überzieht, sind die Stadtwerke nur auf den ersten Blick die Leidtragenden. Tatsächlich wird auf Dauer unsere gesamte Volkswirtschaft Schaden nehmen, wenn Investitionen in die Netze nicht mehr wirtschaftlich sind.

Durch die Anhebung der Eigenkapitalzinssätze und die Einführung des vereinfachten Verfahrens haben wir zwei wichtige Erfolge für unsere Mitgliedsunternehmen erzielen können. Derzeit treibt uns vor allem die Mehrerlösabschöpfung um, für die unsere Mitglieder Rückstellungen in Höhe von 2 Mrd. EU bilden müssen. Wir werden uns weiter intensiv dafür einsetzen, daß die Bundesnetzagentur nicht nur die aus Stadtwerkesicht negativen, sondern auch die positiven Aspekte der BGH-Rechtsprechung bei der Berechnung der Erlösobergrenzen anerkennt. Die Mitgliedsunternehmen des VKU

können sich darauf verlassen, daß ihr Verband an dieser Stelle sehr beharrlich bleiben wird.

Aus den Erfahrungen mit der Netzregulierung bei der Energie sollte die Politik Lehren ziehen, und zwar die richtigen. Ich meine damit eine Debatte, die langsam beginnt und uns offenbar in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Trinkwasser ist ein besonders schützenswertes Gut, ein Lebensmittel schlechthin. Das Bundesumweltamt hat den Wasserversorgern gerade erst eine hervorragende Arbeit bescheinigt, Trinkwasser hat in unserem Land eine gute bis sehr gute Qualität. Obendrein sind die Leitungsverluste im Netz europaweit am geringsten.

Daraus kann man doch wohl eines schlussfolgern: Wasser ist in kommunaler Hand am besten aufgehoben. Und zwar auch dort, wo diese Aufgabe in der interkommunalen Zusammenarbeit gelöst wird. Das ist ein

Erfolgsmodell und hat sich bestens bewährt. Deswegen darf das Vergaberecht hier keine Anwendung finden und dafür ist eine gesetzliche Klarstellung unabdingbar. Das gilt ebenso für die Abfallentsorgung, die vielerorts ebenfalls durch interkommunale Zusammenarbeit geleistet wird.

Wir werden von allen Beteiligten auch und gerade vor der Bundestagswahl eine klare Haltung in dieser Frage verlangen. Ich freue mich, daß der Bundesrat sich im Februar dieses Jahres ganz in unserem Sinne geäußert hat. Er möchte ebenfalls eine Klarstellung, daß die interkommunale Zusammenarbeit dem Vergaberecht nicht unterliegt. Ansonsten droht die Gefahr einer

Privatisierung durch die Hintertür, die gerade für die Wasserversorgung ganz eindeutig dem Willen der Bürgerinnen und Bürger widerspricht.

Der VKU wird diese Frage mit großem Nachdruck in die politische Öffentlichkeit tragen.

Es gibt eine zweite Diskussion im Zusammenhang mit der Wasserversorgung, nämlich über die Höhe der Wasserpreise. Nach meinem Eindruck wird diese Diskussion derzeit außerordentlich polemisch geführt. Unter unterschiedlichen Bedingungen müssen Wasserpreise in unterschiedlichen Regionen nun einmal unterschiedlich ausfallen. Die Voraussetzungen sind es schließlich auch. Der VKU wird alle Möglichkeiten nutzen, einem Pauschalverdacht gegen die Wasserwirtschaft entgegen zu treten und die Diskussion wieder zu versachlichen. Eines darf erst recht nicht geschehen: Daß eine Phantom-Diskussion über Wasserpreise einen neuen Regulierungsapparat begründen soll. Gerade an dieser Stelle empfiehlt sich eine nüchterne Zwischenbilanz, wie hoch denn der Aufwand und wie hoch denn der Nutzen der Regulierung im Energiebereich tatsächlich ist.

Von einer ganz anderen Seite her stellen sich die Probleme in der Abfallwirtschaft. Im Jahre 2008 sind die Wertstoff Erlöse zunächst buchstäblich durch die Decke geschossen. Private Entsorger haben daraufhin ihre eigenen Wertstoffsammlungen in Konkurrenz zu den kommunalen Unternehmen aufgebaut, so daß manche Wohnsiedlungen großen Papiertonnen-Ausstellungen glichen. Nachdem nun die Wertstoffpreise wieder dramatisch zurückgegangen sind, beginnen sich diese Wettbewerber wieder aus dem Markt zurück zu ziehen. Das ist die klassische Rosinentheorie. Die kommunale Abfallwirtschaft muss aufgrund ihrer Gewährleistungsfunktion das Angebot in guten wie in schlechten Zeiten aufrecht erhalten. Wenn Erlöschancen von den Privaten dann genutzt werden können, sobald es ihnen nutzt, muss der Aufwand für die Gebührenzahler zwangsläufig steigen. Deswegen ist eine Änderung des Abfallrechtes zwingend und eine genaue gesetzliche Klarstellung der

Aufgabenverteilung zwischen öffentlichen und privaten Versorgern notwendig. Die einer gewerblichen Sammlung entgegen stehenden Interessen müssen detailliert im Gesetz ausgeführt werden. Es geht um eine nachhaltige Entsorgungspolitik, mit den möglichst geringsten Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger. Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz muss der Rosinenpickerei dringend ein Ende setzen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein letztes Thema ansprechen, das ebenfalls eine hohe Brisanz in sich birgt. Das Gemeinde-Wirtschaftsrecht der Bundesländer ist ein bunter Flickenteppich. Manche Bundesländer wissen, daß die Kommunalwirtschaft wichtig für die Entwicklung einer Region ist und geben in ihren Gemeindeordnungen deswegen entsprechende Spielräume. Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz sind hierfür gute Beispiele. Andere Bundesländer sehen zwar mehr oder weniger restriktive Vorgaben in ihren

Gemeindeordnungen vor, verhalten sich tatsächlich aber pragmatisch. Mit einem solchen Zustand können alle Beteiligten leben. Und wieder andere Bundesländer führen einen ordnungspolitischen Kreuzzug gegen die Kommunalwirtschaft. Leider ist hierfür Nordrhein-Westfalen ein unrühmliches Beispiel. Das dort vorgesehene Örtlichkeitsprinzip verstößt gegen das Europarecht, das hat gerade ein Gutachten nachgewiesen, das unsere Kollegen aus Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben haben. Es verhindert innovative Schritte der Stadtwerke hin zu sinnvollen Kooperationen im Energiebereich. Ich bedaure sehr, daß es bislang nicht möglich gewesen ist, in dieser Frage eine vernünftige Diskussion mit der Landesregierung zu führen. Ich möchte ausdrücklich das intensive Engagement von Herrn Dr. Ohlms und den NRW-Stadtwerken loben, das in einer Demonstration vor dem Landtag in Düsseldorf mit 25.000 Teilnehmern gipfelte. Derzeit stellt sich die Landesregierung leider stur. Der Ministerpräsident von

Nordrhein-Westfalen hat leider keine Zeit, diese wichtige Frage mit dem Landesvorsitzenden des VKU zu besprechen. Das ist sicher der falsche Weg und die Beteiligten sind gut beraten, auf die schwerwiegenden Bedenken der Kommunalwirtschaft einzugehen.

Die Stadtwerke stehen ganz sicher nicht unter Naturschutz, aber sie dürfen erwarten und fordern, daß Wettbewerb unter fairen Bedingungen stattfindet. Diese Forderung wird der VKU unmissverständlich auch künftig zum Ausdruck bringen.

VII.

Es sind also spannende Zeiten für die Mitgliedsunternehmen des VKU und den Verband selbst. Der VKU hat sich weiterentwickelt. Wir haben intern eine intensive Strategiedebatte miteinander geführt und vor allem auch genau hingehört, was die Mitgliedsunternehmen von

ihrem Verband erwarten. Ein Ergebnis ist, daß wir das Alleinstellungsmerkmal des VKU deutlich betonen wollen. Es gibt viele Verbände, es gibt noch viel mehr Unternehmen, aber es gibt nur einen Verband der kommunalen Unternehmen. Das „K“ prägt unser Profil.

Ich bin besonders dankbar dafür, daß die Mitgliedsunternehmen, den Vorschlag, die Landesgruppenarbeit deutlich zu intensivieren, so beherzt aufgegriffen und insbesondere überwiegend auch die Hauptamtlichkeit der Landesgruppenarbeit unterstützt haben. Die Landesgruppen-Geschäftsführer sind besonders wichtig für die landesinterne Diskussion, aber auch als Scharnier zwischen den Bundes- und den Landesaktivitäten des VKU. Der VKU bietet neue Dienstleistungen an. Die Führungsakademie nimmt ihre Arbeit auf und mit der Dachmarkenkampagne ist auch nach außen die neue Geschlossenheit und das neue Selbstbewusstsein der Stadtwerke dokumentiert worden. Auch in dieser Hinsicht

habe ich für die vielfältige Unterstützung aus den Mitgliedsunternehmen zu danken. Und schließlich kennzeichnet die Arbeit unseres Verbandes eine intensive Interessenvertretung gegenüber den staatlichen und politischen Stellen.

Gerade in den vergangenen beiden Jahren gab es viele Themen, bei denen für die Mitgliedsunternehmen viel auf dem Spiel stand. Ich glaube, auch an dieser Stelle ist eine erfolgreiche Bilanz zu ziehen. Die wirkungsvolle Arbeit des VKU hat sich z.B. bei der Eigenkapitalverzinsung im Rahmen der Anreizregulierung, der KWK-Förderung oder dem Gesetz über die erneuerbaren Energien sehr deutlich niedergeschlagen. Stadtwerke nehmen üblicherweise rentierliche Investitionen vor. Die Rendite ihrer VKU-Mitgliedsbeiträge wird gerade an diesen Beispielen besonders deutlich. Das gilt obendrein dann, wenn man die Mitgliedsbeiträge anderer Verbände vergleicht.

Wir blicken also zurück auf eine intensive Arbeit des VKU und auf eine alles in allem sehr erfolgreiche Arbeit. Ich möchte mich deswegen sehr herzlich bedanken bei unserem Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck, bei seinem Stellvertreter Michael Wübbels und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des VKU, die sehr engagiert für die Kommunalwirtschaft streiten. Ich glaube, gerade in den vergangenen beiden Jahren ist es der Hauptgeschäftsführung gelungen, gute Fortschritte in der Organisation zu erzielen, die sich auch in der weiteren Verbandsarbeit noch deutlicher niederschlagen wird.

Last but not least sind steigende Mitgliederzahlen nicht der schlechteste Beweis dafür, daß der VKU eine schlagkräftige, attraktive und sinnvolle Interessenvertretung für die Kommunalwirtschaft ist und bleibt.

VIII.

Keine Frage, die Kommunalwirtschaft steht vor einer ganzen Reihe von großen Herausforderungen. Für mich ist es aber auch keine Frage, daß sie diesen Herausforderungen mit großem Selbstbewusstsein begegnen kann. Anders als noch vor einigen Jahren müssen wir uns nicht für unsere Existenz rechtfertigen, ganz im Gegenteil. Ich glaube, aus dem Fragezeichen ist ein Ausrufezeichen geworden. Hat Kommunalwirtschaft Zukunft? - so hieß es noch vor gar nicht langer Zeit. Kommunalwirtschaft hat Zukunft! - Das ist meine Überzeugung und die Überzeugung von immer mehr Menschen in diesem Land.

Der VKU feiert in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag, ebenso wie unsere Verfassung, das Grundgesetz. Nun wollen wir unseren bescheidenen Verband natürlich nicht mit der besten Verfassung der Welt vergleichen, aber es gibt Parallelen. Beide Jubilare blicken auf viele Erfolge zurück, beide beruhen auf Werten, beide verkörpern ein erfolgreiches Modell, das auch für die Zukunft passt. Insofern steht für uns viel Arbeit an, aber diese Arbeit können wir frohgemut anpacken. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit.